

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 101-2017
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.278

Eingereicht am: 05.05.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gschwend-Pieren (Lyssach/Oberburg, SVP) (Sprecher/in)
Knutti (Weissenburg, SVP)
Burren (Lanzenhäusern, SVP)
Klopfenstein (Corgémont, SVP)
Schweizer (Utzen, SVP)
Moser (Landiswil, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 08.06.2017

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Fakten oder fake News rund um UMAs?

Der Kanton Bern steht im Ruf, eine besonders vorbildliche Betreuung für UMAs zu bieten. Entsprechend hoch sind die Kosten, die dem Kanton Bern über die vom Bund veranschlagten Mittel hinaus entstehen. Der Kanton Bern liegt hier im Spitzenfeld. Unklar scheint hingegen, wie denn die Erfolgsquote der UMA-Sondersettings ist. In der Zeitung «Der Bund» war kürzlich von der stolzen Erfolgsquote von 80 Prozent in Bezug auf den Berufseinstieg der UMAs die Rede. Dies erstaunt umso mehr, als der MIDI dazu bisher keine Statistik zu führen schien. Im Weiteren erstaunt, dass die Unterkünfte offenbar über die Wochenenden leerer sind, da dann die UMAs «bei Verwandten zu Besuch sind». Die Aussagen und Beobachtungen vor Ort werfen eine ganze Reihe von Fragen auf im Hinblick auf die für das Sondersetting der UMA veranschlagten Gelder.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie sieht die Aufschlüsselung der Kosten von 5000 Franken pro UMA aus?
2. Trifft es zu, dass ältere UMAs weniger kosten und vor allem kleine Kinder höhere Kosten verursachen? Falls ja, wieso geht der beantragte Kredit dennoch von 5000 Franken je UMA aus?

3. Wieviel Prozent der als unbegleitete Minderjährige untergebrachten Personen haben Verwandte in der Schweiz?
4. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die steigende Zahl der minderjährigen Asylsuchenden trotz sinkender Gesamtgesuchszahl ein Indiz dafür ist, dass Minderjährige gezielt entsendet werden, um für ihre Familien als Brückenkopf nach Europa missbraucht zu werden?
5. Kann der Regierungsrat die Befürchtung nachvollziehen, dass mit dem bernischen Modell der 24-Stunden-Sonderbetreuung von UMAs diese Entwicklung noch gefördert wird?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die in den Medien publizierte Zahl von 80 Prozent Erfolgsquote hinsichtlich des Berufseinstiegs, und wie beurteilt er die Nachhaltigkeit des Einstiegs in Bezug auf eine spätere finanzielle Eigenständigkeit?

Begründung der Dringlichkeit: Die Zahl der minderjährigen Asylsuchenden nimmt zu, und der Kanton muss sich frühzeitig darüber klar werden, wie nachhaltig und sinnvoll das aktuelle Sondersetting für UMAs ist, um weiteren Schaden zu vermeiden.